

Bilanz und Perspektiven

Zehn Jahre Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen

HANS-DIETRICH GENSCHER

Vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen hielt der Bundesminister des Auswärtigen am 23. September 1983 in Bonn folgenden Vortrag:

Unersetzliches Forum weltweiten Dialogs

Ich freue mich, heute vor Ihnen anlässlich des zehnten Jahrestags des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen über unsere Politik und die Lage in der Weltorganisation sprechen zu können. Auch nach einem Jahrzehnt erfolgreicher Mitgliedschaft unseres Landes in den Vereinten Nationen stellt sich für die verantwortlichen Politiker ebenso wie für die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen unverändert die gemeinsame Aufgabe, bei unseren Mitbürgern für die großen Ziele und die Verantwortung der Vereinten Nationen Verständnis zu erwecken und deutlich zu machen, wie sehr unsere Mitarbeit in New York im ureigensten Interesse unseres Landes liegt. Ich bin sicher, daß auch das heute zu Ende gegangene wissenschaftliche Symposium ›Zehn Jahre UNO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland‹ hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

Der Tag unseres Beitritts zur Weltorganisation, der 18. September 1973, ist für uns ein historisches Datum. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen hat unserer Außenpolitik eine neue zusätzliche Dimension mit umfassenden Möglichkeiten gegeben. Mit der Mitgliedschaft in der Weltorganisation wurde der letzte Schritt zur vollen Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigter Partner in die internationale Gemeinschaft vollzogen. Seither wirken wir in den Vereinten Nationen als dem multilateralen Zentrum weltweiter Zusammenarbeit an der Lösung der großen Probleme der Gegenwart aktiv mit. Wir leisten im Rahmen der Vereinten Nationen den Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit, der unserer Verantwortung und unseren Möglichkeiten entspricht. Unsere Mitgliedschaft gibt uns die Möglichkeit, unsere Interessen umfassend wahrzunehmen und im weltweiten Rahmen für die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der deutschen Außenpolitik einzutreten.

In den zurückliegenden Jahren ist eine tiefgreifende Entwicklung deutlicher sichtbar geworden, die für das politische Denken und damit auch die Haltung gegenüber den Vereinten Nationen maßgebend sein sollte: Ich meine die weltweite gegenseitige Abhängigkeit, die heute auf zahlreichen Gebieten des internationalen Zusammenlebens klar erkennbar ist und unsere Zukunft in immer höherem Maße bestimmt. Die Fragen der immer enger verzahnten Weltwirtschaft, die Entwicklung der Dritten Welt, die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrung, Energie, Rohstoffen, die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts auf unserem Planeten und vor allem die Eindämmung des weltweiten Rüstens: keine Regierung, auch nicht Gruppen von Staaten können diese Aufgaben heute allein aus eigener Kraft lösen. Der Einsicht in die Notwendigkeit weltweiten Zusammenwirkens und der Erkenntnis, daß die internationale Gemeinschaft hierzu auf die umfassende Organisation der Vereinten Nationen angewiesen ist, darf sich niemand mehr entziehen. Wir handeln nach dieser Erkenntnis.

Wir sind uns der großen Möglichkeiten der Vereinten Nationen voll bewußt. Wir kennen auch ihre Grenzen. In einer von Konflikten und Interessengegensätzen der verschiedensten Art gekennzeichneten internationalen Lage kann es keine leichte Aufgabe sein, jeweils Lösungen zu finden, die für 158 souveräne Mitgliedstaaten akzeptabel sind. Nur Kurzsichtige ziehen hieraus immer wieder den Schluß, die weltweite Zusammenarbeit

der Vereinten Nationen sei unrationell, lästig oder gar entbehrlich. Die Vereinten Nationen sind und bleiben das zentrale Forum für weltweiten Dialog, Verständigung und Verhandlungen. In einer Zeit immer engerer wechselseitiger Abhängigkeit kann ohne sie der notwendige globale Ausgleich der Interessen nicht erreicht werden. Die Vereinten Nationen sind das einzige globale Instrument, über das die Menschheit verfügt, um den Prozeß ihres Zusammenwachsens zu meistern. Die Vereinten Nationen sind — ungeachtet mancher Unvollkommenheit — unerlässlich.

Der zehnte Jahrestag unseres UN-Beitritts steht im Zeichen verstärkter internationaler Spannungen und anhaltender Unsicherheit über die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung in vielen Regionen. Deshalb ist heute wichtiger denn je: Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen müssen im Geist der Verständigung und des gerechten Ausgleichs der Interessen zusammenwirken, von dem die Charta der Vereinten Nationen geprägt ist.

Grundsätze unserer UN-Politik

An der Schwelle zum zweiten Jahrzehnt unserer Mitgliedschaft bekennen wir uns erneut zu dieser Verpflichtung. Für die Bundesregierung bekräftige ich die Ziele unserer Außenpolitik, die wir auch künftig in enger Abstimmung mit unseren westlichen Partnern unserer Mitarbeit in den Vereinten Nationen zugrunde legen wollen:

Erstens: Die aktive und umfassende Sicherung des Friedens bleibt die vorrangige Maxime unserer UN-Politik. Wir werden insbesondere die Bemühungen der Vereinten Nationen um die Beilegung oder Eindämmung von akuten Krisen und Konflikten nachdrücklich unterstützen. Wir streben daher auch eine erneute Periode der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat an, dem wir bereits 1977/1978 angehörten.

Zweitens: Wir setzen uns ein für die Fortentwicklung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen im Geiste der Partnerschaft und Solidarität. Das große Ziel ist, Unterentwicklung, Hunger und Not überall in der Welt zu überwinden.

Drittens: Wir treten entschlossen ein für die Durchsetzung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes überall in der Welt. Dies schließt entsprechend dem Auftrag unseres Grundgesetzes auch die Förderung der deutschen Interessen in den Vereinten Nationen ein, wie sie sich aus der Teilung unseres Volkes ergeben.

Wir wollen uns, gestützt auf unsere Erfahrungen aus dem ersten Jahrzehnt, in den Vereinten Nationen für dieses dreifache Ziel mit Nachdruck und Augenmaß einsetzen. Dabei werden wir uns auch künftig an den Prinzipien orientieren, die Grundlagen einer stabilen Ordnung internationaler Zusammenarbeit sind: Achtung der Selbstbestimmung aller Völker, der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Staaten, Anerkennung einer pluralistischen Staatenwelt und vor allem die Bereitschaft, Konflikte unter Verzicht auf Gewalt, Gegensätze durch Verhandeln und Interessenausgleich zu lösen.

Bleiben wir jedoch realistisch: Auch die Möglichkeiten eines einflußreichen Mitgliedstaats wie der Bundesrepublik Deutschland, in den Vereinten Nationen im Sinne unserer Ziele zu wirken, sind nicht unbegrenzt. Der einzelne Mitgliedstaat, selbst wenn er zu den Großmächten zählt, kann nur das erreichen, was die maßgeblichen politischen Kräfte in den Vereinten Nationen Dritte Welt, Osten und Westen mittragen oder wenigstens hinnehmen. In der Praxis der Vereinten Nationen kommt es deshalb entscheidend darauf an, wie sich das Spiel der

Kräfte und die Haltung zu einer bestimmten Frage in den beteiligten Gruppen der Dritten Welt, des Ostens und des Westens entwickelt. Nur wer das politische Umfeld und die Rahmenbedingungen klar vor Augen hat, wird auch Chancen und Schwierigkeiten für die eigenen Anliegen in den Vereinten Nationen zutreffend einschätzen.

In den zehn Jahren seit unserem UN-Beitritt sind die Staaten der Dritten Welt, deren UN-Politik häufig der entscheidende Bereich ihrer Außenpolitik ist, noch mehr zu einem machtvollen Faktor in der Weltorganisation geworden. Unabhängigkeit, Ungebundenheit, eigenständige Entwicklung, das sind ihre grundlegenden Forderungen. Um diese zentralen Interessen möglichst wirksam zu vertreten, haben sie sich in den umfassenden Gruppierungen der Blockfreien und der sogenannten Gruppe der 77 zusammengeschlossen, die beide in den Vereinten Nationen heute weithin eine sehr gewichtige Rolle spielen.

Unsere Politik gegenüber der Dritten Welt in den Vereinten Nationen sieht hierin eine unausweichliche und positive Entwicklung. Wir wissen selbst aus eigener Erfahrung, welchen Wert die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft gleichgesinnter Staaten besitzt. Nur wer wie wir das Recht der Staaten der Dritten Welt achtet, sich ihre eigene politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung zu wählen; wer auch in der Dritten Welt wie zu Hause Pluralismus zu akzeptieren bereit ist; wer wie wir sich bemüht, durch Argumente, nicht durch Druck zu überzeugen, der wird ihr Vertrauen gewinnen. Dies ist unser Kurs in den Vereinten Nationen. Wir wollen auch künftig daran festhalten.

Zentrale Themen der Weltorganisation

Aus Sicht der Dritten Welt stehen in den Vereinten Nationen seit langem vor allem drei Schwerpunktthemen im Vordergrund: der Nahost-Konflikt, die Fragen des Südlichen Afrika und die Neugestaltung der Weltwirtschaft mit dem Ziel einer ›Neuen Weltwirtschaftsordnung‹. Lassen Sie mich mit der Behandlung dieser Themen zugleich kurz die derzeitige Lage in den Vereinten Nationen, die Rolle der bei diesen Themen weithin gemeinsam auftretenden Dritten Welt und unsere Haltung zu diesen entscheidenden Fragen skizzieren.

Naher Osten: Kein anderes Thema hat bisher die Vereinten Nationen so sehr in Anspruch genommen, nirgends werden Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen, Licht und Schatten der UN-Bemühungen deutlicher als an der Behandlung der Nahost-Fragen. Mit dem Teilungsbeschluss von 1947 versuchte die Weltorganisation, in Palästina einen Kompromiß zwischen den konkurrierenden Ansprüchen des jüdischen und arabischen Nationalismus auf das gleiche Land zu schaffen. Ein Jahr später bildete sie das Forum, auf dem die internationale Staatengemeinschaft die Gründung des Staates Israel guthieß. Der immer noch ungelöste Gegensatz zwischen arabischen und israelischen Rechten in Palästina, der zu mehreren Kriegen geführt hat, hat die friedenssichernde Funktion der Vereinten Nationen vor schwerste Belastungsproben gestellt. Ich erinnere an den Yom-Kippur-Krieg, wo es dank der Bemühungen des Sicherheitsrates gelang, einen Waffenstillstand herbeizuführen und die drohende größere Konfrontation abzuwenden. Die verschiedenen Friedenstruppen der Vereinten Nationen in Nahost waren und sind ein unentbehrliches Instrument, das zur Eindämmung der Spannungen beiträgt und unkontrollierbaren Entwicklungen vorbeugt. Wir haben diese Friedenstätigkeit der Vereinten Nationen nach besten Kräften unterstützt. Wir haben in den Vereinten Nationen immer wieder die Grundprinzipien bekräftigt, die nach unserer Auffassung für eine Nahost-Friedenslösung unverzichtbar sind: umfassender Gewaltverzicht, Anerkennung von Israel, Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Wir haben deshalb auch das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) politisch und finanziell — mit bereits über 100 Mill DM — mitgetragen.

Das UNRWA hat nach unserer Auffassung für die palästinensische Sache unvergleichbar mehr getan als zahllose radikale Reden und einseitige Resolutionen der Generalversammlung.

Dies ist die Kehrseite der Medaille, die ich nicht übergehen will. Gerade bei den Nahost-Debatten sind die Vereinten Nationen allzuoft Schauplatz übersteigter Rhetorik. Allzuoft sind selbst berechnete Anliegen — zum Beispiel die Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik oder der Widerstand gegen die administrative Einverleibung der Golanhöhen — durch radikale und überzogene Resolutionstexte so stark verfälscht worden, daß wir diesen Entschlüssen nicht zustimmen konnten. Wer etwa den chartawidrigen Ausschluß Israels aus der Weltorganisation fordert, muß mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Wir wenden uns auch in den Vereinten Nationen gegen alle Schritte, die nur neues Mißtrauen zwischen den Parteien und neue Erbitterung säen.

Im gleichen Geiste unterstützen wir in den Vereinten Nationen auch die Bestrebungen, im *Südlichen Afrika* den notwendigen friedlichen Wandel herbeizuführen. Wir sehen im Streben der afrikanischen Völker nach Freiheit, Selbstverwirklichung und Überwindung des unmenschlichen Apartheid-Systems ein Anliegen, dessen Gerechtigkeit außer Zweifel steht. Zugleich geht es darum, im Südlichen Afrika die drohende Gefahr einer weiter verschärften Lage, von Rassenkrieg und Chaos abzuwenden. Hierfür werden wir uns wie bisher mit ganzer Kraft einsetzen. Wir werden daher auch künftig Mehrheitsbeschlüsse nicht mittragen können, die einseitig den ›bewaffneten Kampf‹ propagieren. Wir bleiben ebenso skeptisch gegenüber der Forderung nach Sanktionen, die nach aller Erfahrung zweischneidige Wirkungen erzeugen und die Möglichkeit zu konstruktiver Einflusnahme verbauen.

Mit dem Eintritt der Dritten Welt in die Weltpolitik sind *Weltwirtschaftsfragen*, die Diskussion über eine ›Neue Weltwirtschaftsordnung‹ zu einem Schwerpunktthema der Vereinten Nationen geworden. Unser UN-Beitritt 1973 fiel zusammen mit den ersten Anfängen dieser großen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen den Industriestaaten des Nordens und den Entwicklungsländern des Südens. Die Dritte Welt erhob mit Macht die Forderung nach voller wirtschaftlicher Gleichberechtigung, nach radikaler Neuordnung der aus ihrer Sicht weithin ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft. Das aus der Kolonialzeit stammende asymmetrische Austauschverhältnis zwischen Nord und Süd — Fertigwaren gegen Rohstoffe — muß verändert und eine differenzierte Entwicklung der Dritten Welt, insbesondere auch im industriellen, technologischen Bereich, erheblich beschleunigt werden durch massiven Ressourcentransfer und gezielte Struktur Anpassung des Nordens unter Verlagerung ganzer Industriezweige in den Süden. Wir haben uns diesem Nord-Süd-Dialog im Rahmen der Vereinten Nationen von Anfang an gestellt, mit der Bereitschaft, an einer marktkonformen Weiterentwicklung der Weltwirtschaft mitzuwirken und die Länder der Dritten Welt stärker in diese Weltwirtschaft zu integrieren. Wir setzen uns für eine größere Chancengleichheit dieser Länder ein.

Die schwierige Lage vieler Entwicklungsländer, Massenarmut, Elend und Hunger vieler Millionen von Menschen, konnte schon damals niemand, der guten Willens war, übersehen. Der Norden — genauer: die westlichen Industrieländer, denn der Osten entzieht sich bis heute einer konstruktiven Beteiligung — hat sich diesen Problemen der Entwicklungsländer nicht verschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat gemeinsam mit ihren EG-Partnern ein dichtes Netzwerk bilateraler und regionaler Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern aufgebaut. Ich denke hier insbesondere an das Lomé-Abkommen der EG mit 63 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, aber auch an die Kooperations- und Assoziierungsabkommen mit Mittelmeerstaaten sowie das Kooperationsabkommen zwischen EG und ASEAN.

Die entwicklungspolitischen Leistungen unseres Landes haben

inzwischen 0,48 Prozent des Bruttosozialprodukts erreicht und nähern sich einem Jahresbeitrag von 8 Mrd DM. Doch es bleibt viel zu tun! Die weltwirtschaftliche Rezession hat viele Entwicklungsländer besonders hart getroffen. Wir kennen alle die erschreckenden Daten ihrer Verschuldung, der sinkenden Wachstumsraten und der steigenden Zahl in absoluter Armut lebender Menschen.

Bei UNCTAD VI in Belgrad haben sich Nord und Süd gemeinsam bemüht, Lösungen für die Probleme der Weltwirtschaft und der Entwicklung in der Dritten Welt zu finden. Gewisse Fortschritte sind erzielt worden. Weder Entwicklungs- noch Industrieländer waren jedoch mit den Ergebnissen der Konferenz zufrieden. Wir müssen allerdings sehen, daß die schwierige Wirtschaftslage auch der Industrieländer ihnen weitreichende Zugeständnisse sehr schwer macht. Das karge Ergebnis von UNCTAD VI sollte für uns eine Herausforderung sein, uns künftig noch aktiver am Nord-Süd-Dialog zu beteiligen. Dabei werden auch von uns Opfer verlangt werden, die jedoch in unserem eigenen langfristigen Interesse gebracht werden sollten. Ich denke hier besonders an eine weitere Steigerung unserer Entwicklungshilfe, an eine noch stärkere Öffnung unserer Märkte und an eine aktive Politik zur Regelung der Rohstoffprobleme. Wir haben uns mit unseren EG-Partnern von Anfang an zum Konzept der globalen Verhandlungen über Rohstoffe, Energie, Handel, Währung und Finanzen bekannt. Ich bin auf dem Nord-Süd-Gipfel in Cancún persönlich mit Nachdruck dafür eingetreten, die verbleibenden Hindernisse für die Aufnahme globaler Verhandlungen rasch aus dem Weg zu räumen. Ich hoffe, daß sich insbesondere die Teilnehmer von Cancún ihrer besonderen Verantwortung bewußt bleiben. Eins ist dabei klar. Es wird auch bei diesen Verhandlungen nicht um radikale Veränderungen im Weltwirtschaftssystem oder um einseitige Leistungen der Industrieländer gehen können. Beide Seiten, Nord wie Süd, werden sowohl Rechte wie auch Pflichten übernehmen müssen. Beide sind vor die Aufgabe gestellt, ihre Struktur- und Wirtschaftspolitik veränderten Verhältnissen anzupassen und die richtigen Prioritäten zu setzen. Dann werden beide Seiten gewinnen.

Die Gründung der Vereinten Nationen beruhte auf der Übereinstimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, daß die Großmächte gemeinsam die neue Friedensordnung garantieren sollten. Vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion bestand Einvernehmen, daß beide gemeinsam für die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit verantwortlich sein sollten. Wir wissen, daß dieser Konsens nur kurze Zeit gehalten hat. An seine Stelle traten der *Ost-West-Gegensatz*, die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges und auch in den Vereinten Nationen die ideologische Frontstellung des Ostens gegenüber dem Westen. Dies hat tiefe Schatten über die Vereinten Nationen geworfen und ihre Funktionsfähigkeit in vielen Fällen beeinträchtigt.

Der Prozeß der Entkolonisierung in den sechziger Jahren hat die Weltorganisation stark beeinflusst. Viele meinten damals einen dauerhaften Umschwung zugunsten der sozialistischen Länder in den Vereinten Nationen zu erkennen. Für die Sowjetunion ergab sich die Möglichkeit, zusammen mit den jungen Staaten der Dritten Welt neue Mehrheiten in den Vereinten Nationen zu bilden. Der Osten hat dies klar erkannt und ist — ganz im Sinne klassischer Machtpolitik — seither bestrebt, durch immer neue Koalitionen mit der Dritten Welt eine überlegene Stellung in den Vereinten Nationen zu erlangen, um den Westen so oft wie möglich majorisieren und in die Enge treiben zu können.

Zunehmend messen die Staaten der Dritten Welt jedoch das außenpolitische Handeln der Sowjetunion nicht an Worten, sondern an Taten. Sie erkennen, daß der Osten auf die konkreten wirtschaftlichen Anliegen der Entwicklungsländer in Wahrheit nicht eingeht. Im vergangenen Jahr leistete der gesamte Ostblock nicht einmal zwei Drittel dessen an Entwicklungshilfe, was alleine die Bundesrepublik Deutschland aufbrachte. Was

dagegen zunahm, waren die sowjetischen Waffenexporte in die Dritte Welt, die niemanden satt machen, aber die friedliche Lösung von Problemen erschweren.

Darüber hinaus hat der Machtmißbrauch in *Afghanistan* die sowjetische Position in den Vereinten Nationen schwer erschüttert. Die von Kuba während seiner Blockfreien-Präsidentschaft heftig propagierte These vom angeblichen ›natürlichen Bündnis‹ mit den sozialistischen Staaten ist auch in der Dritten Welt überholt. Die von der Sowjetunion gedeckte Besetzung Kambodschas durch Vietnam war für viele Dritte-Welt-Staaten eine weitere einschneidende Erfahrung, die tiefgreifende Wirkungen gezeitigt hat. Vor wenigen Wochen hat der Abschluß des koreanischen Passagierflugzeugs — ein Akt der Brutalität und der Nichtachtung von Menschenleben — auch in der Dritten Welt zu Schock und Empörung geführt.

Die Vereinten Nationen haben namentlich angesichts der brutalen Intervention Moskaus in Afghanistan schnell und überzeugend reagiert. Ich erinnere daran, daß ungebundene Staaten unverzüglich eine Afghanistan-Notstandssondersitzung der Generalversammlung einberufen haben. Bereits am 16. Januar 1980 — nur zwei Wochen nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen — wurde zu Afghanistan die erste Resolution mit den zentralen Forderungen verabschiedet: Truppenabzug und Selbstbestimmung für das afghanische Volk. Die seither in jeder Generalversammlung mit großen Mehrheiten bekräftigten Entschlüsse beweisen zugleich, daß es — entgegen manchem Vorurteil — in den Vereinten Nationen keine automatische Mehrheit für den Osten gibt.

Wir sind zugleich überzeugt, daß eine vom Ost-West-Gegensatz bestimmte Politik der Stellung und den Aufgaben des Westens in den Vereinten Nationen nicht gerecht werden und der Weltorganisation selbst schaden würde. Die Weltorganisation ist in den Augen der Entwicklungsländer ein wichtiger Teststand für die Politik des Westens gegenüber der Dritten Welt. Ich trete daher mit Nachdruck dafür ein, daß die zusammen mit unseren Partnern mehrfach bekräftigten gemeinsamen Grundlagen der westlichen Dritte-Welt-Politik — Anerkennung und Förderung der Unabhängigkeit und eigenständigen Entwicklung der Dritten Welt, Respektierung der Blockfreiheit als entscheidender Faktor der Stabilität in den internationalen Beziehungen — kontinuierlich auch im Alltag der gemeinsamen UN-Arbeit wirksam werden. Es geht darum, daß der Westen in den Vereinten Nationen immer wieder verdeutlicht, daß er die Probleme der Dritten Welt als eigenständige behandelt und zu ihrer Lösung beitragen will.

Aspekte umfassender Friedenssicherung

Ein gutes Beispiel für konstruktive westliche Politik in den Vereinten Nationen ist die *Namibia*-Initiative der Fünf, die wir während unserer Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 1977/78 maßgeblich mitgestaltet und seither aktiv mitgetragen haben. Bis heute stellt der in der Sicherheitsrats-Entschlußung 435 gebilligte westliche Lösungsplan die einzige realistische Grundlage für einen friedlichen Weg dieses Landes, mit dem uns besondere Beziehungen verbinden, in eine international anerkannte Unabhängigkeit dar. Es geht jetzt darum, alle Wege zu nutzen, um die schwierigen noch offenen Fragen zwischen den Beteiligten möglichst bald zu lösen. Die Unabhängigkeit Namibias wäre ein Erfolg, der die Vereinten Nationen stärken und das Vertrauen in ihre friedenssichernde Wirkung erhöhen würde.

Wir setzen uns zusammen mit unseren westlichen Partnern dafür ein, daß die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, konkrete Beiträge zu den zentralen Fragen der Sicherheit, der *Abrüstung* und Rüstungskontrolle zu leisten, umfassend und konstruktiv, aber auch mit klarem Blick für die sicherheitspolitischen Realitäten dieser Welt genutzt werden. Für unser an der Nahtstelle zwischen Ost und West gelegenes Land sind die

Abrüstungsverhandlungen, die derzeit in Genf — außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen — stattfinden, von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig müssen wir jedoch auch die Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen entschlossen unterstützen. Der notwendige sicherheitspolitische Ausgleich im globalen Rahmen kann in unserer Welt zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit wirkungsvoll nur unter Einbeziehung auch der Staaten und Regionen der Dritten Welt erreicht werden. Ausgewogenheit der einzelnen Abrüstungsschritte, Transparenz der militärischen Potentiale und Aktivitäten, Nachprüfbarkeit aller vertraglichen Verpflichtungen und Vertrauensbildung — das sind die zentralen Grundsätze, von denen wir uns auch in den Vereinten Nationen leiten lassen.

Die Bemühungen um Vertrauensbildung bilden dabei einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit in den Vereinten Nationen. Wir haben dort die Initiative ergriffen, in Weiterentwicklung der in der Schlußakte von Helsinki verzeichneten vertrauensbildenden Maßnahmen diesem sicherheitspolitischen Konzept eine weltweite Dimension zu geben. Wir erhoffen uns davon weitere Impulse, den Prozeß der Vertrauensbildung durch konkrete, militärisch bedeutsame Maßnahmen in den verschiedenen Regionen voranzutreiben. Dies würde auch in der Dritten Welt Stabilität und Rüstungsbegrenzung fördern und zur universellen Sicherheit beitragen.

Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, daß unsere Bemühungen um vertrauensbildende Maßnahmen in den Vereinten Nationen erfolgreich waren und daß unsere Resolution zu diesem Thema die einstimmige Billigung der Vereinten Nationen gefunden hat. Der internationale Waffentransfer muß erfaßt und transparent werden. Ich habe daher vorgeschlagen, in den Vereinten Nationen ein Register der weltweiten Waffenexporte und -importe einzurichten. Dies wäre ein wichtiger Schritt zu einer weltweiten Politik der Eindämmung der Rüstungsexporte. Dieser Gedanke wird jetzt in einer UN-Studie über konventionelle Abrüstung weiter verfolgt werden. Genauso wichtig bleibt die Einrichtung eines weltweiten Registers, das die Rüstungsausgaben und die Entwicklungshilfestrangungen jedes Industrielandes vergleicht. Die Vereinten Nationen haben bereits ein standardisiertes Berichtssystem entwickelt, das die Rüstungsausgaben erfaßt. Die Bundesregierung legt zusammen mit 22 anderen Staaten alljährlich ihre Verteidigungsausgaben im Rahmen dieses Berichtssystems offen. Ich wiederhole meinen eindringlichen Appell an die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Pakt-Staaten, sich endlich an diesem System zu beteiligen.

Es ist eine erschreckende Tatsache, daß die globalen Ausgaben für Militärzwecke in diesem Jahr die ungeheure Summe von 800 Mrd Dollar übersteigen dürfte. In einer Welt, in der es noch so viel Armut, Not und Hunger gibt, ist dies ein Hohn auf die menschliche Vernunft. Es ist zugleich eine Herausforderung an Moral und Gewissen. Bei den Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den Vereinten Nationen geht es um mehr Sicherheit für alle, es geht aber auch um die Minderung von Hunger und Elend in weiten Teilen der Welt.

Zu großen Besorgnissen gibt auch das *Weltflüchtlingsproblem* Anlaß. Wir müssen es an seinen Wurzeln anpacken. Die Flüchtlingsfrage ist heute zu einer Bedrohung des Friedens und der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und Entwicklung geworden. Ich habe daher den Vereinten Nationen vorgeschlagen, Richtlinien zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme auszuarbeiten. Unsere Initiative kann heute in den Vereinten Nationen mit umfassender Unterstützung rechnen. Wir werden uns auch bei der 38. Generalversammlung dafür einsetzen, daß diese Arbeiten zügig fortgeführt werden. Eine besondere Verantwortung kommt bei der Milderung des Loses der Flüchtlinge dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zu. Er ist erfolgreich bemüht, für Millionen von Menschen die Folgen von Flucht und Vertreibung zu lindern. Er kann dabei auch in Zukunft auf die nachhaltige Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland rechnen.

Die *friedenssichernden Operationen* der Vereinten Nationen leisten aus unserer Sicht einen Dienst bei der Eindämmung internationaler Spannungen und Streitigkeiten, den man nicht hoch genug einschätzen kann. Entsprechend unserem zentralen Interesse an aktiver, weltweiter Friedenssicherung haben wir die verschiedenen Friedenstruppen bis heute nicht nur mit über 250 Mill DM, sondern auch durch erhebliche Transport- und Materialleistungen unterstützt. Die Ereignisse im Libanon zeigen die dringliche Notwendigkeit, die friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen weiter auszubauen und auf eine noch breitere Grundlage zu stellen.

Zur umfassenden Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen gehört auch der weltweite Schutz der *Menschenrechte*. Wenn in einem Staat der einzelne vor Unrecht und Willkür nicht sicher ist, ist die Staatengemeinschaft als Ganzes betroffen. Die Wirkungen von Rechtlosigkeit und Menschenverachtung machen nicht an Grenzen halt. In der Charta der Vereinten Nationen ist daher die Auffassung verkörpert, daß eine gerechtere internationale Ordnung auch die Rechte des einzelnen einbeziehen muß.

Die herausragende Bedeutung dieses Fortschritts kann man nur ermessen, wenn man sich klar vor Augen führt: Seither kann kein Staat Kritik an seinem Verhalten in diesem Bereich als unzulässige Einmischung zurückweisen. Daß dieser Grundsatz heute in den Vereinten Nationen nicht mehr angezweifelt werden kann und auch nicht von denen offen in Frage gestellt wird, die es gerne möchten, ist eine Entwicklung, die der internationalen Zusammenarbeit bei der Wahrung der Menschenrechte ihre entscheidende Grundlage gibt. Zugleich ist dies ein Beweis für die Kraft der politischen Wertvorstellungen freier demokratischer Staaten, den niemand unterschätzen sollte.

Am 10. Dezember dieses Jahres begehen die Vereinten Nationen den 35. Jahrestag der Proklamierung der *›Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‹*. Trotz mancher seither erreichter Fortschritte ist es uns allen schmerzlich bewußt, daß zwischen den Idealen der Erklärung und der heutigen Wirklichkeit weiterhin eine Kluft besteht, die in vielen Teilen der Welt noch immer größer zu werden droht. Die Berichte etwa von Amnesty International über die gravierende Verletzung elementarer Grundrechte in manchen Ländern sprechen eine deutliche Sprache. Resonanz und öffentliche Wirkung, die sie weltweit finden, machen zugleich deutlich, daß es auf dem Weg der weltweiten Verwirklichung der Menschenrechte keine Umkehr gibt.

Wir werden uns auch in den Vereinten Nationen entschieden gegen *›doppelte Standards‹*, gegen Einäugigkeit, gegen die gefährliche Tendenz, Menschenrechtsverletzungen immer nur beim politischen Gegner zu sehen. Eine Menschenrechtspolitik ohne Ansehen des betroffenen Staates: dafür treten wir ein. Wer dagegen nur dann protestiert, wenn es politisch zu *›passen‹* scheint, fügt den in ihren Rechten Verletzten das weitere Unrecht zu, sie als Objekte zu mißbrauchen. Im Mittelpunkt jeder Menschenrechtspolitik muß der einzelne Mensch stehen, dessen Rechte verletzt wurden. Ihm gilt unsere Solidarität, ganz gleich, unter welchem Regime er leidet.

Die Institutionen und Verfahren der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte müssen gestärkt und ausgebaut werden. Ein Menschenrechtsgerichtshof der Vereinten Nationen wäre nach unserer Auffassung — nicht zuletzt wegen der guten Erfahrungen mit der Menschenrechtskommission des Europarats — das wirksamste Instrument, um die weltweite Sicherung der Menschenrechte zu fördern. Wir unterstützen nachdrücklich die Schaffung eines UN-Hochkommissars für Menschenrechte. Diese Vorschläge sowie unsere Initiative für ein auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe gerichtetes Fakultativprotokoll werden wir in den Vereinten Nationen auch künftig beharrlich und zäh weiterverfolgen. Mit dieser Politik erfüllen wir zugleich einen Auftrag des Grundgesetzes, der aus den Erfahrungen der Vergangenheit erwachsen ist.

Mitwirkung unseres Landes in den Vereinten Nationen

Die Menschenrechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das nicht zuletzt durch die Arbeit der Vereinten Nationen seine universale Ausstrahlung und Kraft erhalten hat, müssen weltweit verwirklicht werden. Mit großer Entschiedenheit erheben wir diese Forderung vor den Vereinten Nationen auch für unser geteiltes Land.

Auch im kommenden Jahrzehnt bleiben wir jedoch vor die Aufgabe gestellt, nüchtern einzuschätzen, was wir in den Vereinten Nationen in der *Deutschlandfrage* wirklich leisten und mit welcher Politik wir unsere nationalen Ziele wirklich fördern können. Wir werden weiterhin konsequent das universale Forum der Vereinten Nationen nutzen, um das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit und der Vertreter aller Staaten für unser nationales Anliegen wachzuhalten. Wie in meinen früheren Reden vor dem Plenum der Vereinten Nationen werde ich in meiner Erklärung in der Generaldebatte der 38. Generalversammlung nächste Woche in New York erneut bekräftigen, daß das Buch der Geschichte über die offene deutsche Frage nicht geschlossen ist und daß wir mit ganzer Kraft an unserem politischen Ziel festhalten, wie es im Brief zur deutschen Einheit seinen Ausdruck gefunden hat: nämlich auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Lassen Sie mich hinzufügen: Wir sind uns auch im vielfältigen Alltag der UN-Arbeiten stets der Verpflichtungen bewußt, die sich aus der Teilung unseres Landes ergeben. Um dem Begriff ›Deutschland‹ in der Weltorganisation den eigenen Klang und Gehalt zu geben, der den besten Eigenschaften und Traditionen unseres Volkes entspricht, sind Leistung, Hingabe und überzeugende Mitarbeit in unserer Situation die besten Argumente. Hierum haben wir uns bemüht.

Meine Damen und Herren, die Arbeit unserer Delegation am East River im vergangenen Jahrzehnt war oft schwierig, die Verhandlungen zäh, die Fortschritte häufig kaum meßbar. Enttäuschungen, manchmal auch Widerspruch und Kontroversen sind nicht ausgeblieben.

Ich bin jedoch zutiefst überzeugt, daß sich die Mühe gelohnt hat. Mit aller gebotenen Nüchternheit: Die ersten zehn Jahre unserer Mitarbeit in der Weltorganisation haben Einfluß und Ansehen unseres Landes bei den Staaten der Welt gemehrt. Man achtet und vertraut uns in New York, unser Wort hat Gewicht.

Die Fakten belegen es: Nach nur dreijähriger Mitgliedschaft Berufung in den Sicherheitsrat 1977/1978; darauf mit der einstimmigen Wahl von Botschafter von Wechmar zum Präsidenten der 35. Generalversammlung die Berufung eines Deutschen in das höchste Amt der Weltorganisation; der erfolgreiche Abschluß unserer Initiative für eine Konvention gegen die Geiselnahme; unsere Initiative gegen neue Flüchtlingsströme, die heute von vielen geradezu als Modell für Zusammenarbeit im UN-Rahmen angesehen wird; ein kontinuierlich gestiegener und weiter steigender deutscher Personalanteil in den Vereinten Nationen — dies alles sind deutliche Zeichen dafür, welche Position die Bundesrepublik Deutschland nach einem Jahrzehnt umfassender Mitarbeit heute in der Weltorganisation einnimmt.

Es wird unsere große Aufgabe sein, den damit verbundenen und noch gestiegenen Erwartungen an unsere Mitwirkung und Mitverantwortung auch in Zukunft voll gerecht zu werden. Wir sind dabei nicht allein. Wir können unsere Arbeit auch künftig auf die feste Grundlage stützen, die uns die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in den Vereinten Nationen und die feste Verbindung zu den anderen Demokratien des Westens, vor allem den Vereinigten Staaten, gibt.

Es geht darum, die gemeinsamen Wertvorstellungen der westlichen Demokratien, aber auch das Profil Europas in weltweitem Rahmen wirksam zur Geltung zu bringen. Durch das weithin geschlossene Auftreten der Zehn ist uns zusammen mit unseren europäischen Partnern vielfach eine Schlüsselrolle für die Entwicklung westlicher Positionen zugewachsen. Die Gemeinschaft ist längst zu einem anerkannten und gesuchten Gesprächspartner auch für andere Staaten und Gruppierungen in den Vereinten Nationen geworden. Wir werden uns entschlossen dafür einsetzen, daß die Zehn in der Weltorganisation noch mehr als bisher mit einer Stimme sprechen. Wir wollen darauf hinwirken, daß Einfluß und Ansehen der Europäischen Gemeinschaft weiter wachsen.

Den internationalen Frieden zu sichern, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt weltweit zu fördern, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte überall zu verwirklichen — zur Bewältigung dieser großen Aufgaben wollen wir auch im jetzt beginnenden zweiten Jahrzehnt unserer UN-Mitarbeit unseren Teil beitragen.

Wir wollen helfen, weltweit die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Krisen und Spannungen abzubauen. Wir wollen mitwirken an einer Weltordnung gleichberechtigter Partnerschaft.

Multilaterale Zusammenarbeit in Gefahr

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 38. Generalversammlung

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

In meinem letzten Jahresbericht befaßte ich mich mit der Frage, inwieweit die Vereinten Nationen imstande sind, ihre vorrangigste Aufgabe — die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit — zu erfüllen, und wie ihre Wirksamkeit in dieser Hinsicht verbessert werden könnte. Ich freue mich, daß meine damaligen Anregungen inzwischen ausführlich diskutiert wurden, und zwar sowohl in der Generalversammlung als auch im Sicherheitsrat, der sich damit lange Zeit hindurch in allen Einzelheiten befaßt hat. Sicherlich müssen dringend internationale Institutionen geschaffen werden, die imstande sind, sich mit den nicht gerade erfreulichen Realitäten der heutigen Zeit auseinanderzusetzen. Dennoch muß trotz des Interesses der Generalversammlung an meinem letzten Jahresbericht und trotz der Entschlossenheit der Mitglieder des Sicherheitsrats, die Leistungsfähigkeit des Rates zu erhöhen und zu stärken, gesagt werden, daß die tatsächlichen Entwicklungen im abgelaufenen Jahr alles andere als ermutigend waren. Meiner Ansicht nach müssen wir die wichtigsten Probleme in der Welt mehr denn je von einer völlig neuen, gemeinsamen Warte aus betrachten. Das grundlegende Problem ist und bleibt die Schaffung und entschlossene Bejahung eines funktionierenden internationalen Sicherheitssystems als wichtiger weiterer Schritt auf dem

Weg zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung sowie erneute Anstrengungen auf höchster Ebene zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Dienste des Wachstums und der Entwicklung.

Zur Zeit gibt es eine ganze Reihe von Problemen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und Zusammenarbeit beeinträchtigen und die dringend nach einem zentralen Instrument gemeinsamer Bemühungen verlangen, mit dem die Regierungen Konflikte eindämmen und Lösungen ausarbeiten können. Trotz vielseitiger Anstrengungen war das Jahr 1983 bisher ein Jahr voller Enttäuschungen, sowohl was das Ringen um Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit anbelangt, als auch für diejenigen, die in den Vereinten Nationen den besten uns zu Gebote stehenden internationalen Mechanismus zur Erreichung dieser Ziele sehen. Da ich glaube, daß der Prozeß der Zersetzung des Multilateralismus und Internationalismus angehalten und rückgängig gemacht werden muß, möchte ich mich in meinem Bericht auf einige Lösungsansätze konzentrieren, durch die die Wirksamkeit unserer Organisation als politische Institution erhöht werden könnte.
